

FOOD First

FOR SALE

Thema Seite 4-10

Eine Perle für Investoren Uganda im Ausverkauf

Außerdem in diesem Heft:

Agroenergie und das Recht auf Nahrung
Kampagnenstart „Face-It-Act-Now“
Aktuelle Eilaktionen zu Honduras, Indien und Kolumbien

Internationale Menschenrechtsorganisation
für das Recht sich zu ernähren



Inhaltsverzeichnis

Aktuell

Agroenergie und das Recht auf Nahrung 3

Thema

Ausverkauf in Uganda 4

Nach dem Krieg 6

Erfolgreiche Briefaktion 8

Flutkatastrophe und Klimawandel 9

Aktuelles im Fall Mubende 10

International

Menschenrechte in Vietnam 11

EPAs bedrohen Recht auf Nahrung 12

Reis: Verordnete Hungerkur 13

FIAN-Aktivitäten in Ungarn 14

Organisation

Kampagnenstart Face-It-Act-Now 15

Die FIAN-Gruppe Köln 16

MultiplikatorInnen-Ausbildung 17

Konferenz Ländliche Entwicklung 18

Vermischtes

Neue Publikationen 19

Termine 20

Editorial

„Perle Afrikas“ wird Uganda seit der britischen Kolonialzeit genannt. Doch das immergrüne Land am Viktoriasee wird seit Jahrzehnten arg gebeutelt. Ein Bürgerkrieg folgt dem anderen. Doch auch im Frieden werden die Menschenrechte der EinwohnerInnen immer wieder verletzt. Die Regierung setzt auf Industrialisierung und einen Umbau der ‚primitiven‘ Subsistenzlandwirtschaft zur Exportlandwirtschaft. Mittel hierzu ist die Herstellung möglichst investorenfreundlicher Rahmenbedingungen, auch auf Kosten von ArbeiterInnen- und anderen Rechten. Gerne legt Präsident Museveni auch selber Hand an, um etwa Ugandas erste Großkaffeeplantage in Mubende einzuweihen, für die zuvor mehr als 2.000 Menschen ohne Entschädigung von ihrem angestammten Land vertrieben worden waren, oder um rechtswidrig die Entlassung von streikenden Textilarbeiterinnen durchzusetzen.

Menschenrechtsarbeit ist unter diesen Bedingungen nicht einfach. Der Fall der Mubende-Plantage ist inzwischen bereits seit sechs Jahren anhängig, und bisher folgte noch auf jeden Fortschritt gleich wieder ein Rückschlag. Ihre Prestigeprojekte lässt sich die Regierung nicht so leicht madig machen. Aber so leicht steckt auch FIAN nicht auf, sondern hat in diesem Oktober eine neue internationale Eilbriefaktion gestartet.

Und die Beharrlichkeit zahlt sich auch immer wieder aus. Der Widerstand der ugandischen Blumenindustrie gegen die gewerkschaftliche Organisierung der PlantagenarbeiterInnen wurde unter anderem auch durch eine Briefaktion FIANS in diesem Frühling gebrochen.

Der Mubende-Fall steht in diesem Herbst auch im Mittelpunkt der neuen europäischen Kampagne Face-It-Act-Now, über die wir ebenfalls in diesem Heft berichten und für die wir alle herzlich zur Mitarbeit einladen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre mit diesen und den anderen Artikeln aus der aktuellen FIAN-Arbeit in diesem Heft.



Wolfgang Sterk,
Vorstandsvorsitzender FIAN-Deutschland

Über den Fotografen

Im März und Juni 2007 begleitete Fotograf Ulrich Döring zwei FIAN-MitarbeiterInnen auf ihren Reisen durch Ghana und Sambia. Die entstandenen Fotos werden in der Ausstellung „Europa überrollt afrikanische Kleinbauern“ präsentiert. In dieser FoodFirst-Ausgabe zeigen wir Ihnen einen Teil davon. Hintergrundinformationen zur Ausstellung siehe Artikel auf Seite 12.

Kontakt zum Fotografen: www.udphoto.com.

IMPRESSUM

Herausgeber:

FIAN-Deutschland e. V.

Düppelstraße 9-11, 50679 Köln

Tel. 0221-7020072, Fax 0221-7020032

E-Mail: fian@fian.de, Internet: www.fian.de

FIAN-Österreich

Laudongasse 40, 1080 Wien

Tel. 01-4055515, Fax 01-4055519

E-Mail: fian-oe@oneworld.at, Internet: www.fian.at

Redaktionsteam: Gertrud Falk, Armin Paasch, Uschi Strauß

Layout: Georg Temme

Druck: Basisdruck GmbH, Springwall 4, 47051 Duisburg

Gedruckt auf 115 g Reprint

Fotos: © FIAN oder siehe Bildunterschrift

Titelfoto: Unabhängigkeitsstatue in Kampala/Uganda, © FIAN

Erscheinungsdatum: November 2007

Erscheinungsweise: drei Ausgaben/Jahr

Auflage: 2.600

Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten

Einzelpreis 4,50 €

Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum

Konto 4000 4444 00

BLZ 430 609 67

Das Ende der Überschüsse

Agroenergie und das Recht auf Nahrung

Bis vor kurzem lautete das kleine Einmaleins vieler Gruppen, die für einen gerechteren Agrarhandel eintreten, wie folgt: Subventionen der Industriestaaten führen zu Überschüssen und Dumpingpreisen, gegen die Kleinbetriebe in Nord und Süd nicht konkurrieren können und zur Aufgabe gezwungen werden. Profiteur hingegen ist das Agrobusiness mit seiner monokulturellen und chemisierten Feldbestellung. Diese allgemein zu beobachtende Entwicklung führte zu folgendem Umkehrschluss: Käme es zu einer Trendumkehr mit steigenden Preisen, würde sich die Produktion für Kleinbetriebe wieder lohnen. Einkommen könnten geschaffen und die Landflucht aufgehalten werden.

Zwar vollzieht sich nun eine solche Trendumkehr, gleichwohl erscheinen ihre Folgen weit weniger segensreich als erhofft. Getreide und Ölsaaten verteuern sich und ziehen die von Futtermitteln abhängigen Milch- und Fleischprodukte mit in die Höhe. Neben saisonalen Ursachen wie Missernten sind hierfür drei langfristige Faktoren verantwortlich:

1. die weltweite Steigerung der Lebensmittelnachfrage,
2. der rapide Überschussabbau vor allem in den USA und Europa und
3. die Förderung der Agroenergien, die eine immense Expansion des Anbaus nachwachsender Rohstoffe zur Strom-, Wärme- und Kraftstoffherzeugung auslöste.

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen bringt diese einschneidende Veränderung der Agrarmärkte auf den Punkt: „Wir leben nicht mehr in einer Überschusswelt.“ Die UN-Organisation warnt, dass sie ohne Aufstockung ihrer Gelder die Nahrungsmittelhilfe für derzeit 90 Millionen Menschen einschränken müsse. Allein die Maispreise hätten in einzelnen Ländern im vergangenen halben Jahr um 120 Prozent angezogen. Als wichtigste Ursachen nennt das Programm die zunehmende Nachfrage nach Futtermais sowie die Massenproduktion von Maisethanol.

Die Risiken der Agroenergien riefen auch den UN-Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, auf den Plan. In seinem aktuellen Bericht für die UN-Generalversammlung schreibt Ziegler, dass die übereilte Förderung der energetischen Verwendung von Mais, Weizen, Zuckerrohr, Soja- oder Palmöl in einem „Desaster“ enden könne. Die derzeitigen Preissprünge seien



Foto: Ulrich Döring

eine ernste Gefahr für die Ernährungssicherheit auf dem Land und in der Stadt. Zudem treibe der Vormarsch der Energieplantagen auch die Boden- und Wasserpreise in die Höhe. Gerade die Verteuerung von Boden bedroht Landlose sowie Kleinbäuerinnen und -bauern, die auf die Zupachtung von Ackerflächen angewiesen sind. Die anziehenden Pachtzinsen führen zu erhöhter Verschuldung, abnehmender Kaufkraft und weiterer Verarmung. Zudem konzentriert sich die Massenproduktion der Energiepflanzen trotz gegenteiliger Beteuerungen vornehmlich auf beste Böden, wie das Beispiel der nicht-essbaren *Jatropha* zeigt, deren Öl sich zu Biodiesel verarbeiten lässt.

Aufgrund ihrer Hitzeresistenz erscheint die Pflanze häufig als ideale Kultur für trockenere Regionen. Der Anbau der ersten kommerziellen *Jatropha*-Plantagen etwa in Tansania erfolgt jedoch bevorzugt auf fruchtbarem Land, das zuvor der Nahrungsmittelerzeugung diente. Der indische Bundesstaat Rajasthan plant gar eine Änderung des Bodenrechts, welche die traditionellen Rechte diskriminierter Gruppen wie der Dalit und Adivasi beschneiden und den Zugriff auf ihr kollektiv verwaltetes Land erleichtern würde. In Indien häufen sich mittlerweile Meldungen über gewaltsame Vertreibungen zur Anlage von *Jatropha*-Pflanzungen.

Der Bioenergieboom gefährdet die Ernährungssicherheit also durch Preiseffekte, Landkonflikte und die Intensivlandwirtschaft. Die steigenden Agrarpreise sind ein Signal an Privatanleger, nun auf dem Land zu investieren. Ihre Renditeerwartungen aber lassen sich in der Regel nur durch industrielle Plantagenwirtschaft erfüllen. Sinnvollere Anwendungen dagegen – etwa die Verstromung von Abfällen in dezentralen Anlagen – werden durch die einseitige Förderung exportorientierter Energieplantagen marginalisiert.

Der Autor ist Mitarbeiter des Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL).

Ausverkauf der Perle Afrikas

Uganda wirbt ausländische Investoren um jeden Preis

„Die Perle Afrikas“ nannten schon die britischen Kolonialherren das fruchtbare und immergrüne Land Uganda mit seiner freundlichen Bevölkerung. Seit nunmehr 45 Jahren ist Uganda unabhängig und gilt als Musterknabe der Entwicklungszusammenarbeit. Auflagen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds zu Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschaft wurden von der Regierung weitgehend erfüllt. Erklärte Strategie von Präsident Museveni zur Entwicklung des Landes ist die Industrialisierung unter Anwerbung ausländischer Investoren. Arme und indigene Bevölkerungsgruppen sind die Verlierer dieser Politik.

Maggie Kigozi, Leiterin der Ugandischen Investitionsbehörde (Uganda Investment Authority) verkündet regelmäßig stolz die Zahl der neu angeworbenen Investoren. Erklärtes Ziel der Behörde ist es, Uganda zum attraktivsten Land für ausländische Investoren zu machen. Im Zeitraum Juli 2004 bis Juni 2005 hat die Uganda Investment Authority 210 Investitionsprojekte an Land gezogen, die mit einem Gesamtvolumen von 676 Millionen US-Dollar 18.500 Arbeitsplätze schaffen sollen. Das klingt positiv. Was diese Zahlen nicht verraten ist, auf wessen Kosten diese Arbeitsplätze geschaffen werden, und dass die meisten ArbeitnehmerInnen mit ihrem zukünftigen Gehalt der Armut nicht entkommen. Es gibt keinen gesetzlichen Mindestlohn und die Löhne für einfache ArbeiterInnen sind mit 50.000 bis 60.000 Ugandischen Schilling pro Monat (rund 25,- Euro) so niedrig, dass sie kaum für die Versorgung der Grundbedürfnisse Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit und Bildung einer Familie ausreichen. Darüber hinaus sind die ugandischen Gesetze zum Schutz von ArbeitnehmerInnen schwach und ihre Umsetzung wird aus Mangel an Ressourcen und gegenläufigen politischen Interessen kaum überprüft.

Staatliche Rechtsbeugung zugunsten von Investoren

Als sich die überwiegend jungen Arbeiterinnen einer Textilfabrik eines US-Investors Anfang 2004 gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen und Schikanen in Form eines Streikes wehrten, sorgte Präsident Museveni persönlich dafür, dass sie entlassen wurden. „Ich habe diese Mädchen aufgrund ihrer mangelnden Disziplin entlassen. Ihre Aktionen hätten Investoren verschreckt, die hier Geschäfte machen wollten. Sie würden denken, dass ugandische Arbeitskräfte undiszipliniert sind.“, rechtfertigt er sein unrechtmäßiges Eingreifen (<http://www.agoa.info/?view=.&story=news&subtext=285>).

Mit dem Wind des Präsidenten im Rücken scheren sich viele Investoren wenig um nationale Gesetze zum Schutz der ArbeiterInnen. Ein Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation Platform for Labour Action, die Rechtsberatung für ArbeiterInnen anbietet, berichtet: „Angesprochen auf Arbeitsrechtsverletzungen in seinem Betrieb antwortete mir der ausländische Firmenchef, dass ihn nationale Gesetze nicht interessieren. Er sei nur Präsident Museveni gegenüber rechen-schaftspflichtig.“



Öffentliches Land für Investoren

Ugandische Nichtregierungsorganisationen beobachten eine Zunahme der Landvertreibungen in Uganda. Der Fall der Vertreibung von über 2.000 Menschen im Distrikt Mubende zugunsten einer Kaffeeplantage der deutschen Neumann Kaffee Gruppe (siehe Seite 10 in diesem Heft) stellt nur die Spitze des Eisbergs dar. In den ugandischen Tageszeitungen gibt es monatlich Berichte über neue Investitionsvorhaben auf staatlichen Ländereien, denen Schulen, ein Gefängnis, ein Friedhof oder die Dienstwohnungen von PolizistInnen und ihren Familien weichen sollen. Regelmäßig prescht Präsident Museveni mit Zusagen an die Investoren zur Landvergabe vor, ohne die Prüfung des zuständigen parlamentarischen Gremiums abzuwarten.

Massive nationale und internationale Proteste gab es in diesem Jahr gegen das Vorhaben Musevenis, einen Teil des Mabira-Waldes, eines der letzten Primärwälder Ugandas, an einen Zuckerbaron für die Ausweitung seiner Zuckerrohrplantagen zu vergeben. Bei Demonstrationen gegen den Ausverkauf in der Hauptstadt Kampala kamen drei Menschen zu Tode. Schlägertrupps in Zivil tauchten aus dem Nichts auf. Der Präsident zog die Landvergabe schließlich zurück, um nicht die Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Staaten zu gefährden, die vom 23. bis 25. November 2007 in Uganda stattfindet.

Nationalpark wird zu Zement

Aber der Ausverkauf geht weiter. Jüngsten Zeitungsmeldungen zufolge plant Museveni einen Teil des Queen Elizabeth-National-



Foto:Ulrich Döring

parks an die Firma Hima Cement zu verpachten, damit diese dort Kalk für ihre Zementproduktion abbauen kann. Umwelt- und Tierschützer warnen vor den verheerenden Folgen für die Natur. Doch der Minister für Tourismus beugt sich der Regierungsstrategie: „Wir können Industrialisierung nicht verhindern wenn sich solche Gelegenheiten bieten. Denn Industrialisierung ist ein Schwerpunkt der Regierung“, wird er von der unabhängigen Zeitung Monitor zitiert. Ein Skandal, denn gleichzeitig vertreibt die Regierung indigene BewohnerInnen der Nationalparks mit der Begründung, sie würden die Natur zerstören. Die Völker Benet, Batwa und Basongora leben seit ihren Vertreibungen aus ihren gewohnten Lebensräumen in Armut, Diskriminierung und sozialer Isolation.

Commonwealth-Konferenz wirft ihre Schatten voraus

Um das Treffen der Regierungschefs der Commonwealth-Staaten im November 2007 in Uganda zu ermöglichen, wurden unter anderem in Kampala zahlreiche neue Hotels gebaut. Die Regierung vergab Baugrundstücke offensichtlich unkritisch an ausländische Investoren. Einige Grundstücke liegen bis heute brach. Auf einem dieser Brachgelände stand letztes Jahr noch eine Schule.

Die Investoren nutzen zudem die ihnen garantierte Zollfreiheit für Importe schamlos aus. Zeitungsberichten zufolge haben Hotelbesitzer Gegenstände zur Inneneinrichtung nach Uganda eingeführt, die die Zahl ihrer Zimmer um ein Zigfaches übersteigen. Betten, Stühle, Tische können so mit hohem Profit verkauft werden. Der Staat geht dabei leer aus. Von dieser Investitionspolitik profitieren nur die Reichen im Land. Mit Entwicklungspolitik hat das wenig zu tun. Die Perle Afrikas läuft Gefahr, ihren Glanz zu verlieren.

Die Autorin ist Referentin der Blumenkampagne bei FIAN-Deutschland.

Uganda ist ein Binnenstaat in Ostafrika am Ufer des Viktoriasees mit 27 Millionen EinwohnerInnen. Seine Fläche entspricht der der Bundesrepublik Deutschland vor der Wiedervereinigung. Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1962 wurde Uganda von mehreren Bürgerkriegen und Diktaturen gebeutelt. 1986 eroberte der heutige Präsident Yoweri Museveni mit seiner Rebellenarmee die Macht. Seit 1996 ist Uganda eine Präsidialdemokratie unter der Regierung von Museveni und dem National Resistance Movement (Nationale Widerstandsbewegung), das aus der früheren Rebellenarmee hervorgegangen ist. Seit 2006 wurde auf Druck der Geldgeber eine Mehrparteien-demokratie eingeführt.

Im Norden des Landes tobte in den letzten 20 Jahren ein brutaler Krieg zwischen den Rebellen der Lord Resistance Army (LRA) und der ugandischen Armee. Beide Seiten gingen grausam mit der Zivilbevölkerung um. Die LRA rekrutierte Kindersoldaten und verstümmelte zahlreiche Opfer. 1,7 Millionen Binnenflüchtlinge lebten meist in Lagern, in denen viele Menschen aufgrund von Mangelernährung und fehlender sanitärer Anlagen starben. Seit Juli 2006 finden Friedensverhandlungen statt und es herrscht Waffenruhe.

Ugandas Bruttonationaleinkommen pro Kopf und Jahr beträgt zirka 300 US-Dollar. Wichtigster Wirtschaftssektor ist die Landwirtschaft, von der 90 Prozent der Bevölkerung leben. Wichtigstes Exportgut ist Kaffee.

Uganda nimmt in der Rangordnung des Index zur Menschlichen Entwicklung Platz 145 von 177 ein und liegt damit am unteren Ende der Gruppe der Staaten mit mittlerem Entwicklungsniveau.

„Land ist das Einzige, was uns im Krieg geblieben ist“ Sicherheit und Frieden durch Landrechte in Nord-Uganda?



Foto:Ulrich Döring

Die Frage nach den Landrechten in Norduganda wurde lange ignoriert und durch den kriegesischen Konflikt der letzten 20 Jahre zwischen der Lords Resistance Army (LRA) und der Regierung überdeckt. Erst durch die Aussicht auf Frieden seit Juli 2006 und den Aufbruch von über 600.000 Nord-Ugandern aus den Flüchtlingslagern wird die Landfrage immer dringender um zukünftige Konflikte zu verhindern.

Seitdem die Überfälle der Lords Resistance Army seit einem Jahr ausgeblieben sind und die Menschen die Vertriebenenlager verlassen können, herrscht eine bemerkenswerte Abwesenheit von Krieg. Viele Menschen haben seit vielen Jahren des Bürgerkrieges wieder die Möglichkeit, durch die Umsiedlung in kleinere Lager oder den Aufbau von Dorfstrukturen Zugang zu Land zu erhalten und bekommen damit die Möglichkeit, sich selbst zu versorgen. Doch schon seit längerem herrscht die Sorge vor, dass ihr traditionelles Land vom Staat an Investoren verkauft werden soll. Deshalb spielt die Landfrage auch eine Rolle in den derzeitigen Friedensgesprächen zwischen der LRA und der Regierung. Es mehren sich die Stimmen, dass einige Teile Nordugandas Militärkommandeuren für die persönliche Nutzung überlassen werden sollen und andere Landstriche von der Uganda Wildlife Authority für den Aufbau von Tourismusprojekten beansprucht werden.

Staatliche Wiederaufbaupläne verunsichern Bevölkerung

Die diversen Wiederaufbaupläne der Regierung haben mehr zur Verunsicherung der sich gerade wieder ansiedelnden Landbevölkerung beigetragen als Perspektiven eröffnet. Im Friedens-, Wiederaufbau- und Entwicklungsplan für Nord-Uganda schlägt die Regierung vor, die sozialen Umwälzungen des Konfliktes zu nut-

zen, um neue soziale und wirtschaftliche Strukturen zu schaffen. Vertriebenenlager sollen in städtische Zonen umgewandelt werden. Großfarmen mit Maschinen und Weiterverarbeitungstechnik sollen geschaffen werden.

Es gibt auch Vorschläge, das von traditionellen Autoritäten verwaltete Land systematisch in privaten Besitz zu übertragen, um damit feste und einklagbare Besitzrechte zu schaffen. Dadurch sollen vor allem auch Investoren gewonnen werden. Zu erwarten sind aber vor allem negative Konsequenzen aus diesen Entwicklungen, da den Menschen aus den Vertriebenenlagern das Kapital fehlt um Grund und Boden zu erwerben und es zudem kaum Kreditmöglichkeiten gibt. Es ist absehbar, dass Investoren das Land kaufen werden und die Bevölkerung nur als billige Arbeitskräfte auf ihrem ehemaligen Land beschäftigt werden. Die zu erwartende Unzufriedenheit der Bevölkerungsmehrheit kann sich negativ auf den Friedensprozess auswirken.

Industrialisierungshoffnungen als Beispiel für das Problem der Landfrage

Die Abgeordneten der nördlichen Distrikte und die Ältesten des dort lebenden Volkes der Acholi wurden im Oktober 2007 von der

Regierung zu einer Tour in eine Zuckerfabrik eingeladen, um sie von der Investition des Aufbaus eines Zuckerrohrfarmkomplexes und der weiter verarbeitenden Industrie im Amuru Distrikt zu überzeugen. Die Firma Kakira Sugar Works steht als Investor bereit. Mindestens 40.000 Hektar Land sollen gemäß ihres Direktors Mayur Madhvani für das Wirtschaftsprojekt günstig vom Staat zu Verfügung gestellt werden. Dafür will Kakira Sugar Works 60 Millionen US-Dollar investieren. Madhvani sieht durch das perfekte Klima für Zuckerrohr und die preisgünstigen Arbeitskräfte eine ideale Grundlage für einen Erfolg versprechenden Wiederaufbau in Amuru. Der Mangel an Zucker in Uganda und die dadurch notwendigen Importe sollen allein durch diese Ansiedlung überwunden werden. Die Regierung unterstützt das Projekt, während sich die Menschen im Amuru-Distrikt Sorgen machen, weil viele Menschen auf dem selben Land begonnen haben, sich ihre Existenz aufzubauen.

Frauen sind meist die Verlierer des Wandels

Eine weitere Dimension des Verkaufs von traditionellem Land ist, dass der neue Grundbesitz hauptsächlich in die Hände von männlichen Familienoberhäuptern wandert. Frauen und Kinder haben kaum noch eine Möglichkeit, an Land zu kommen. Besonders in Verbindung mit der Ausbreitung von HIV/Aids und der zunehmenden Anzahl von Witwen und Waisen steigen die Rechtlosigkeit dieser Bevölkerungsgruppe und damit auch Gewalt und Missbrauch zunehmend an.

LRA-Kämpfer erhalten Land ihrer Opfer

In den letzten zwei Jahren wurde auf Grundlage des Amnestie- und Rehabilitationsprogramms der ugandischen Regierung ehemaligen Kämpfern der Lords Resistance Army Land überlassen. Die aus den Vertriebenenlagern zurückkehrenden Flüchtlinge mussten feststellen, dass ihr Land schon offiziell an ihre Peiniger aus dem Bürgerkrieg vergeben worden war. In einem Fall führte es so weit, dass die benachbarten LagerbewohnerInnen auf ihrem ehemaligen Land für nur ein Zehntel der Ernte für die amnestierten LRA-Kämpfer arbeiten mussten. Auch die nach einem

Friedensschluss aus dem Sudan und Kongo kommenden LRA-Rebellen werden Anrecht auf Land bekommen, was die realen Probleme von Versöhnung und Gerechtigkeit noch verstärken wird.

Rückschläge für den Wiederaufbau

Bis zu 300.000 Menschen haben bereits den Versuch abgebrochen, sich mit traditioneller Landwirtschaft selbständig zu machen. Die Unsicherheit der Landfrage ist dabei nur einer von vielen Faktoren. Vor allem fehlt es an adäquater Infrastruktur: Wasserversorgung, Straßen und Schulen werden nur langsam wieder aufgebaut. Aber auch ausgebildete Lehrer fehlen, vom Gesundheitssystem und von Ärzten ganz zu schweigen.

Viele Jugendliche und junge Erwachsene haben nie ein anderes Leben außer dem Lagerleben kennen gelernt. Ihnen fehlen die Kenntnisse zum Ackerbau. Nur ein Teil erhielt ein Startset mit Saatgut und Werkzeugen. Ein Skandal waren unzureichende oder qualitativ schlechte Materialien, die an die Siedler verteilt wurden. In einem Regierungsbericht vom 24. September ist zu lesen, dass die 8.000 für den Amuru-Distrikt vorgesehenen Äxte alle minderwertig sind und zurückgegeben werden sollten. Ähnliche Probleme gibt es mit Saatgut.

Viele soziale Probleme lähmen darüber hinaus den Neuanfang. Neben Alkoholproblemen und Traumatisierungen gibt es auch viele Menschen mit Behinderungen. Die Ausbreitung von HIV/Aids und anderen Krankheiten erschweren die Arbeitsfähigkeit. Ungelöst ist auch das Problem der Landminen. Unfälle mit den

im Krieg gelegten Minen führen zudem zu berechtigter Angst beim Zugang zu lange ungenutzten und umkämpften Gebieten.

Hoffnung für die Zukunft?

Positiv wirkt, dass die Regierung aufgrund von Korruptionsskandalen bei Landkäufen einige unzuverlässige Mitarbeiter der Landverwaltung entlassen hat. Es wurden Konfliktlösungsmechanismen eingeführt, so dass es nun Ansprechpartner der Regierung gibt, wenn Ansprüche auf ein bestimmtes Stück Land erhoben werden. Über 6.000 Fälle wegen Grundstücksfragen liegen bei Ugandas Gerichten und müssen noch entschieden werden.

Dort, wo Menschen alte Dörfer wieder aufbauen oder neue Dörfer gemeinsam errichten, kommt es durch die Stärkung der Gemeinschaft zu erfolgreichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Die Menschen müssen in sie betreffende Fragen gerade bei staatlichen Wiederaufbauplänen mehr einbezogen werden. Eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen

Strukturen würde den Menschen außerdem deutlich mehr Sicherheit geben.

Leider hat die Regenkatastrophe der letzten Wochen viele erste Erfolge weggeschwemmt. Viele Felder sind überflutet, die erste Ernte verschimmelt. Viele Menschen haben nichts mehr von dem, für das sie ein halbes Jahr gearbeitet haben. Es gibt kaum nutzbare Wege, und Unterstützungslieferungen für die betroffene Bevölkerung kommen kaum bei den Menschen an.

Und wem in Nord-Uganda das Land gehört, muss dringend durch Vermessung, Eintragung und vor allem in einem transparenten Prozess festgelegt werden, um Rechtssicherheit und Frieden zu schaffen. Da es diesen Prozess nicht gibt, fordern die Ältesten des Acholi-Volkes, dass der Staat in den nächsten vier Jahren kein Land mehr verkaufen soll.

Der Autor ist Politikwissenschaftler und arbeitet im Referat Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Kindernothilfe e.V.. Er ist Mitglied der Steuerungsgruppe des Länderforums Uganda und hat durch zahlreiche Arbeitsaufenthalte die Lebenssituation der Menschen in Nord-Uganda kennen gelernt.

Praxis Geographie für einen lebendigen Geographieunterricht

**Bestellen Sie gleich die Ausgabe
zum Thema »ERNÄHRUNGSSICHERUNG«
zum Preis von 9,80 €*!
Telefon: 0531/708-8631**

Diese Ausgabe beleuchtet anhand von verschiedenen Beispielen die Gründe für die defizitären Ernährungssituationen vieler Menschen.

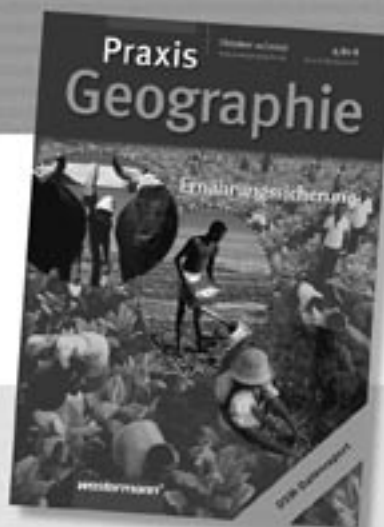
PRAXIS GEOGRAPHIE

bietet Ihnen jeden Monat:

- » Inhalte und Materialien für die Sekundarstufe I und II
- » direkt einsetzbare Kopiervorlagen
- » Schwerpunktthemen mit wissenschaftlichen und didaktisch-methodischen Einführungen
- » regelmäßige Beilagen wie Karten, Poster, Folien, CD-ROMs

Themen 2008 (Auswahl):

- Polarjahr 2007/2008
- Vertretungstunden
- Binnendifferenzierung
- Syndrome des Globalen Wandels
- Energie
- Lateinamerika
- Ressource Wasser
- Wirtschaftliche Aktivräume in Deutschland



Weitere Informationen
und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter:

www.praxisgeographie.de

westermann® S. 321

* zzgl. 1,25 € Versandkosten

„Eure Briefaktion hat viel bewirkt!“

FIAN unterstützt erfolgreich BlumenarbeiterInnen in Uganda

Seit 1993 werden in Uganda Schnittblumen für den Export nach Europa angebaut. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich der Sektor zu einem der führenden ugandischen Exportsektoren. Inzwischen produzieren 21 Farmen Rosen und Chrysanthemen-Setzlinge. Gemäß der Bank of Uganda erwirtschaftete der Blumensektor im Jahr 2005/2006 mit 32,67 Millionen US Dollar die vierthöchsten Exporteinnahmen des Landes. Nur Kaffee, Gold, und Fisch bringen mehr Devisen ins Land. Doch die Arbeitsbedingungen für die rund 6.000 überwiegend weiblichen ArbeiterInnen sind auf vielen Farmen erschreckend.

Erfolg auf dem Rücken der ArbeiterInnen

Der Erfolgsgeschichte der Branche stehen massive Verletzungen von Arbeitsrechten auf den Blumenfarmen gegenüber. Die Liste der Beschwerden der ArbeiterInnen ist lang. Stephen Barasa, Generalsekretär der Uganda Horticultural and Allied Workers' Union (UHAWU) kennt die Probleme aus eigener Erfahrung als Arbeiter auf mehreren Blumenfarmen Kenias und Ugandas. „Neben der permanenten Verletzung von Gewerkschaftsrechten sind die gravierendsten Missstände auf den Farmen die Hungerlöhne, mangelnder Schutz gegen die giftigen Pestizide, fehlende medizinische Versorgung und ungesicherte Arbeitsverhältnisse.“

In einem Gespräch mit ArbeiterInnen verschiedener ugandischer Farmen bestätigen diese seine Aussage. James Kayira (Name geändert) zeigt sein Entlassungsschreiben, das ihm nach einem halben Jahr Tätigkeit ausgehändigt wurde, obwohl er einen Dreijahresvertrag mit der Farm hatte. Das Schreiben nennt keinen Grund für die Entlassung – ein Verstoß gegen ugandisches Arbeitsrecht. „Sie haben mich entlassen, weil ich der Gewerkschaft beigetreten bin“, ist er sich sicher. Ein anderer junger Mann hinkt. Er berichtet, dass er einige Tage vorher bei der Arbeit vom Dach eines Gewächshauses gefallen sei und seitdem Schmerzen in der Hüfte habe. Der Geschäftsführer der Farm habe ihm 2.000 ugandische Schilling (etwa 80 Cent) für ein Moped-Taxi in die Hand gedrückt und ihn nach Hause geschickt. Die Kosten für die ärztliche Behandlung müsse er selbst tragen. Während Robert Nandose (Name geändert) über den niedrigen Lohn und unbezahlte Überstunden auf seiner Farm berichtet, zittert seine linke Schulter. Darauf angesprochen schweigt er verlegen. Ein anderer Arbeiter erklärt: „Die meisten ArbeiterInnen leiden unter solchen Symptomen. Bei einigen zittert die Schulter, bei anderen das Bein oder ein Augenlid.“ Die meisten ArbeiterInnen nehmen einen solchen Missbrauch ihrer Rechte hin, weil sie nicht wissen, wie sie sich wehren können. „Die Arbeitgeber nutzen die Unkenntnis und die hohe Analphabetenrate unter den ArbeiterInnen schamlos aus,“ erläutert Flavia Amoding von der Uganda Workers' Education Association (UWEA).

Bedingungen begünstigen Ausbeutung von ArbeiterInnen

Die allgemeinen Rahmenbedingungen in Uganda begünstigen dieses Verhalten der Unternehmer: Erstens ist die Arbeitslosigkeit so hoch, dass Arbeitgeber problemlos jeden Arbeitsplatz sofort neu besetzen können. Zweitens haben die Arbeiter nur geringe Kenntnis über die Arbeitsgesetzgebung. Drittens war der Sektor mit Ausnahme einer Farm bis 2006 nicht gewerkschaftlich organisiert. Viertens sind die Arbeitsinspektoren der Regierung schlecht ausgestattet und oft korrupt. Fünftens arbeitet die Justiz sehr langsam. Und sechstens haben die Arbeitgeber Rückendeckung durch Präsident Museveni, dessen Politik Investoren einseitig begünstigt (siehe Seite 4/5 in diesem Heft).



Foto:Ulrich Döring

FIAN unterstützt erfolgreich die ugandische Blumenkampagne

Angesichts dieser widrigen Umstände haben sich acht ugandische Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften zur Unterstützung der ArbeiterInnen in der Blumenindustrie zu einem Netzwerk zusammengeschlossen. FIAN hatte im Mai dieses Jahres zwei VertreterInnen zu einer Vortragsreise nach Deutschland und Österreich eingeladen. Die Reise wurde von einer Briefaktion begleitet, in der der ugandische Verband der Blumenexporteure (UFEA) aufgefordert wurde, dafür zu sorgen, dass seine Mitglieder nationales Arbeitsrecht und die Standards der internationalen Arbeitsorganisation einhalten. Die zahlreichen Briefe, die daraufhin bei UFEA eingingen, sorgten dafür, dass die Farmen ihre Verweigerungshaltung gegenüber einer Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen aufgaben. Auf fast allen Farmen darf die junge Gewerkschaft UHAWU jetzt ArbeiterInnen organisieren. Einige Farmen haben die UWEA eingeladen, Bildungsseminare für ArbeiterInnen durchzuführen. „Eure Briefaktion hat viel bewirkt“, bedankt sich Flavia Amoding im Namen der BlumenarbeiterInnen.

Die Autorin ist Referentin der Blumenkampagne bei FIAN-Deutschland.

Land unter in der Halbwüste



Foto:Ulrich Döring

Dass die Ureinwohner der Arktis unter den Folgen des Klimawandels leiden, ist inzwischen eine Binsenweisheit. Doch dass auch in Afrika die Folgen des Klimawandels immer bedrohlicher werden, nimmt man in Europa kaum zur Kenntnis.

In Karamoja, einer bitterarmen Region im Nordosten Ugandas, setzt die Klimaveränderung den Menschen ganz besonders zu. Nach drei Dürren in Folge erlebte die Region im September 2007 eine der schlimmsten Überschwemmungskatastrophen seit Jahrzehnten. Die Regierung Ugandas erklärte den Ausnahmezustand, nachdem innerhalb von zwei Tagen 29 Menschen in den Fluten gestorben waren. Der 27.000 Quadratkilometer großen Region, in der mehr als 920.000 Menschen leben, droht eine Hungersnot. Für humanitäre Helfer wird es schwierig, die Not leidende Bevölkerung zu versorgen, da alle Brücken zerstört und Verbindungslinien unterbrochen sind. Dabei kennen die Karamojong, wie die verschiedenen ethnischen Gruppen angehörenden Bewohner Karamojas sich nennen, durchaus Not und Elend. Denn ihre Region wurde am meisten von der Regierung in Kampala vernachlässigt und ist Schlusslicht beim Vergleich aller Entwicklungsindikatoren in Uganda. Dort leben 80 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, es sterben die meisten Kinder (178 von 1000) und Mütter (750 von 100.000) bei der Geburt, 89 Prozent der Karamojong sind Analphabeten und nur 6 Prozent der Bevölkerung verfügen über funktionierende Toiletten. Karamoja hätte auch schon vor der Flutkatastrophe mehr Aufmerksamkeit der ugandischen Regierung verdient gehabt, da die Region schon

lange ein Katastrophenfall ist. Denn dort sterben bereits seit Monaten täglich drei von 10.000 Menschen an den Folgen von Hunger und Unterernährung. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen warnte kürzlich, 54 Prozent der Karamojong-Kinder im Alter unter fünf Jahren hätten Wachstumsprobleme. Rund 20 Prozent der Kinder leiden inzwischen unter Hunger, eine alarmierende Rate, die in den kommenden Monaten weiter ansteigen wird.

Die Zukunft sieht düster aus für die Karamojong. Durch die Überschwemmungen kamen viele ihrer Herden um, die traditionell die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz bilden. Ihre semi-aride Heimat eignet sich aufgrund der starken klimatischen Schwankungen nicht zum Ackerbau. Mindestens eine von drei Ernten war in den letzten Jahren eine Missernte. So versuchen die traditionell als Nomaden oder Halbnomaden lebenden Hirten, mit ihrer Viehwirtschaft zu überleben. Ein überdurchschnittlich hohes Bevölkerungswachstum (zwei Prozent über dem Landesdurchschnitt) schürt weiter den Kampf um die kargen Ressourcen – Kinder sind traditionell

neben dem Umfang ihrer Viehherden der Gradmesser ihres Wohlstands. So wundert es nicht, dass auch der Viehdiebstahl bei den Karamojong und benachbarten Völkern noch weiter zugenommen hat. Allein im Zeitraum zwischen Juli 2003 und August 2006 wurden 470 Überfälle auf Viehherden in Karamoja und angrenzenden Gebieten gezählt, bei denen über eintausend Menschen starben. Um die Viehdiebstähle zu stoppen, begann die ugandische Armee im Jahr 2001 mit einer gewaltsamen Entwaffnung der Karamojong. Das Resultat war verheerend: So war die Entwaffnung nicht erfolgreich und zugleich wurden dabei so viele Menschenrechtsverletzungen begangen, dass die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Uganda mehrfach rügte.

Angesichts von Verelendung und zunehmender Gewalt haben inzwischen viele Karamojong mit den Füßen abgestimmt. Schon vor der Flutkatastrophe kamen jeden Monat rund 300-400 Karamojong-Frauen mit ihren Kindern in die Hauptstadt Kampala, um dort ein Auskommen zu suchen. Mehr als 80 Prozent der BettlerInnen in der Hauptstadt stammen heute aus Karamoja, nicht gerade ein Vertrauensbeweis für die Entwicklungsanstrengungen Ugandas in dieser seit langem vernachlässigten Region. Rund 10.000 Karamojong-Kinder verdingen sich heute im Großraum Kampala als Bettler oder Hilfsarbeiter. Eine dramatische Situation, die mit dem Klimawandel noch weiter eskalieren wird, wenn die Karamojong nicht mehr Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen der Klimaveränderung erhalten. Doch mit speziellen Förderprogrammen für nomadische oder halbnomadische Gruppen tun sich nicht nur die ugandische, sondern auch die Regierungen vieler anderer afrikanischer Staaten schwer.

Der Autor ist Afrikareferent der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Fortgesetzte Rechtsverweigerung in Mubende

Im August 2001 vertrieb die ugandische Armee gewaltsam mehr als 2000 KleinbäuerInnen von ihrem Land im Mubende-Distrikt, um dieses Land an die Kaweri Coffee Plantation Ltd, eine Tochterfirma der Hamburger Neumann Kaffee Gruppe, zu verpachten. Kaweri hat seitdem die erste ugandische Großkaffeeplantage auf diesem Land etabliert. Die Betroffenen hatten sich vor solchen Vertreibungen sicher gefühlt, da nach ugandischem Recht Enteignungen nur unter sehr strikten Auflagen möglich sind. Des Weiteren gehörte ihres Wissens das Land einem anderen Eigentümer als demjenigen, der das Land vor der Vertreibung an die ugandische Regierung verkauft hatte, damit diese es dann an Kaweri verpachten konnte.

In der Folge der Vertreibung kam es zu einem deutlichen Anstieg von Krankheits- und Todesfällen, da die Vertriebenen ihren Zugang zu sauberem Wasser und zur Gesundheitsfürsorge verloren. Darüber hinaus eigneten sich die neuen Besitzer das Schulgebäude an, um es als ihr Hauptquartier zu verwenden, so dass die Kinder der Vertriebenen ein Jahr lang nicht die Schule besuchen konnten. Nur ungefähr zwei Prozent der Vertriebenen wurden entschädigt – und auch dies nicht angemessen. Viele der Vertriebenen leben auch heute noch am Rande der Plantage und haben sich dort behelfsmäßige Behausungen errichtet. Sie haben jedoch nicht ausreichend Land für Ackerbau. Ihr Recht auf Nahrung wird daher weiterhin verletzt. Die Vertriebenen versuchten zunächst, ihr Anliegen auf politischem Wege vorzubringen. Da dies jedoch scheiterte, reichten

sie im Sommer 2002 Klage sowohl gegen den ugandischen Generalstaatsanwalt als Vertreter der Regierung als auch gegen Kaweri ein. Der Beginn der Anhörungen wurde jedoch vier Jahre lang immer wieder unter fadenscheinigen Begründungen verschoben. Jedes Mal wurden die Vertriebenen erst von der Verschiebung informiert, nachdem sie bereits die 140km lange und beschwerliche Reise zum Gericht in Kampala gemacht hatten. Die einzige Handlung des Gerichts war, einem Antrag der Anwälte von Kaweri stattzugeben, von den Vertriebenen eine Kautions von umgerechnet rund 9.000 Euro zu verlangen. Die Summe wurde von der Hilfsorganisation ActionAid aufgebracht, damit der Fall weiter verfolgt werden kann.

FIAN hat mehrfach Briefe an den ugandischen Präsidenten Museveni, die Justizbehörde sowie den Obersten Richter geschrieben, um sich über die ungerechtfertigte Verzögerung des Prozesses zu beschweren. Schließlich fand im November 2006 die erste Anhörung statt – mehr als vier Jahre, nachdem die Ver-

triebenen ihre Klage eingereicht hatten. Zudem scheint die Richterin überzeugt, dass die Vertreibung stattgefunden hat, und hat von sich aus vorgeschlagen, die nächste Anhörung in Mubende stattfinden zu lassen, was den Vertriebenen die beschwerliche Anreise ersparen würde.

Der letzte Anhörungstermin im September wurde jedoch wiederum verschoben. Als Begründung gab die Richterin an, sie habe ein neues Büro erhalten, das jedoch so staubig sei, dass sie darin nicht arbeiten könne. Sie werde den Fall erst dann weiter behandeln, wenn sie ein neues Büro erhalte. Zudem blockiert der Generalstaatsanwalt bisher das Verfahren dadurch, dass er keine Position bezieht. Als Begründung gibt er an, er habe die notwendigen Informationen noch nicht vorliegen.

Der Mubende-Fall ist von einem fast schon regelmäßigen Auf und Ab gekennzeichnet. Es gab in der Vergangenheit bereits mehrfach Ansätze einer positiven Entwicklung, die Grund für Optimismus boten, der jedoch in der Folge bisher jedes Mal enttäuscht wurde. Umso wichtiger ist ein langer Atem, ein kontinuierliches internationales Eintreten für die Rechte der Vertriebenen.

Weitere Hintergrundinformationen über den Fall finden sich auf der Mubende-Homepage der FIAN-Gruppe Köln unter www.mubende.atjanor.de.

Der Autor ist Mitglied der FIAN-Gruppe Köln.



Bitte beteiligen Sie sich an unserer Postkartenaktion zur Unterstützung der Vertriebenen!
Die Postkarte liegt diesem Heft bei.

• Bücher
• Filme
• Multimedia
WWW.J5A.net
Der fortschrittliche Internet-Shop

j5A - just 5 Argumente:
zukunftsfähig, engagiert, parteilich,
überzeugend, wirksam

Postfach 15 01 61
40078 Düsseldorf
Fon 0211 - 26 11 210
Fax 0211 - 26 11 220
eMail info@j5A.net

Ms. Huongs Rechte

Keine Frage, Vietnam ist eine Erfolgsgeschichte. Einst eines der ärmsten Länder der Welt, von jahrzehntelangen Kriegswirren traumatisiert, international isoliert und in den 1980er Jahren von Hungerkrisen erschüttert, ist die sozialistische Republik in Indochina heute Wirtschaftswunderland: Exporteur von Öl und Kaffee, gefragter Produzent von Textilien und Schuhen sowie weltweit zweitgrößter Reislieferant. Vietnam hat – nach China – die am stärksten wachsende Wirtschaft in Asien. Doch ein Blick über die boomende Metropole Ho Chi Minh (Saigon) hinaus offenbart viele Probleme.

Auch über 30 Jahre nach dem Ende des Vietnamkriegs ist das Land noch zweigeteilt. Im Süden des Landes, der strategisch günstig liegt, ist der Aufschwung allgegenwärtig. Urbanisierung und Industrialisierung schreiten (zu) schnell voran. Doch an der ehemaligen Demarkationslinie verlangsamt er sich zusehends. Die Gründe: das Erbe der massiven Kriegsschäden (unter anderem durch chemische Entlaubung), mangelnde Infrastruktur, Raubbau an der Natur und heftige Unwetter. In einem Land, dessen Bevölkerung zu 60 Prozent in der Landwirtschaft arbeitet, tun fallende Preise für landwirtschaftliche Produkte ein Übriges. Besonders das Hochland von Zen-

tralvietnam und die Bergregionen im äußersten Norden sind betroffen. Saisonale Engpässe führen hier schnell und mit unschöner Regelmäßigkeit dazu, dass Familien bis zur nächsten Ernte hungern müssen. Betroffen sind bis zu 15 Prozent der Bevölkerung, besonders die ethnischen Minderheiten wie die Gie-Tring in den Bergwäldern an der Grenze zu Kambodscha und Laos. 13 von 81 Millionen Vietnamesen sind unterernährt, mehr als sonst irgendwo in Südostasien. Wie überall hungern vor allem Frauen und Kinder. Gleichzeitig wird beispielsweise Reis aus dem Mekong-Delta nach Thailand exportiert, anstatt die Engpässe im Norden zu überbrücken. Auf diese Weise sollen Devisen ins Land gebracht werden. Mit demselben Ziel stieg Vietnam innerhalb weniger Jahre zu einem der größten Kaffeeproduzenten auf. Heute haben die vietnamesischen Produzenten aufgrund weltweiter Überproduktion und Preisverfall die gleichen Probleme wie ihre Konkurrenten in Afrika und Lateinamerika.

In der Provinz Ha Thin in Zentralvietnam sitzt Ms. Huong stolz in ihrem eigenen kleinen Laden. Die NRO Pro Poor Center (PPC) hat hier mit Hilfe des FIAN-Partners ActionAid ein Mikrokreditprojekt ins Leben gerufen. Dabei wird die Ausgabe von den Kleinstkrediten an Sparpläne gekoppelt. Bevor sie der kleinen Kreditgruppe bei-

trat, kämpften die allein erziehende Ms. Huong und ihre beiden Kinder regelmäßig mit dem Hunger: Ihre Felder brachten nicht genug ein, jede noch so kleine unvorhergesehene Ausgabe bedeutete leere Reisschüsseln. Zuerst kaufte sie von dem Kleinkredit von einigen Tausend Dong ein paar Hühnerküken, die sie aufzog und das Fleisch verkaufte. Mittlerweile hat sie ihre Hütte zu einem kleinen Haus ausgebaut und verdient mit ihrem kleinen Laden genug, um die Engpässe aus der Landwirtschaft zu überbrücken. Und sie hat schon neue Pläne.

Bei den regelmäßigen Treffen ihrer Kreditgruppe erfuhr sie auch vom Basisdemokratieerlass, den die kommunistische Regierung mit Hilfe von Deutschland ausgearbeitet hat und der die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess regelt. Gemeinsam mit den Frauen ihrer Gruppe fordert sie nun im participatory budgeting die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse bei der Planung des Haushalts ihrer Kommune ein. PPC unterstützt die Frauen und hat sich zum Thema Ernährungssicherheit und Recht auf Nahrung nun Rat von FIAN geholt, um Armut in Zukunft stärker mit dem Rechte basierten Ansatz zu bekämpfen. Kein leichtes Ziel. Barbara Heinzelmann, Mitarbeiterin des DED: „Der Begriff ist für die Menschen hier historisch vorbelastet, denn die Amerikaner haben ihr Eingreifen auch mit dem Schutz der Menschenrechte begründet“. Doch Ms. Huongs Erfahrung hat ihr gezeigt, dass Zivilgesellschaft mehr sein kann als die Massenorganisationen der kommunistischen Partei. Noch gibt es in Vietnam fast keine NRO im klassischen Sinn. PPC ist eine der wenigen, aber Ms. Huong ist auf den Geschmack gekommen und hat noch viele Pläne.

Die Autorin arbeitet als Entwicklungshelferin für den Deutschen Entwicklungsdienst.



Foto: Ulrich Döring

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Vietnams ist in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich um 7,5 Prozent gestiegen. Die Lebenssituation hat sich rasant verbessert. Der Anteil an Armen unter der Bevölkerung verringerte sich von mehr als 50 auf unter 20 Prozent. Der Anteil der Unterernährten ist von 31 auf 16 Prozent gesunken. Die durchschnittliche Kalorienzufuhr stieg 2180 (1990-1992) auf 2630 kcal.

Ungleiche Partner im Freihandelsring

EPAs bedrohen Menschenrecht auf Nahrung in Afrika



Foto: Ulrich Döring

So genannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sollen ab 2008 gegenseitigen Freihandel zwischen der Europäischen Union (EU) und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) ermöglichen. Das Menschenrecht auf Nahrung von Kleinbauern in Ghana und Sambia ist akut bedroht. So das Ergebnis von zwei Untersuchungsmissionen, die FIAN gemeinsam mit Germanwatch und afrikanischen Partnerorganisationen in den beiden Ländern durchgeführt hat.

Die Europäische Union (EU) hatte den AKP-Staaten bislang durch niedrige Zölle den Zugang zum europäischen Markt erleichtert – ohne dafür eine Gegenleistung zu verlangen. Damit soll jetzt Schluss sein: „Gibst du mir, geb’ ich dir“, ist die neue Devise der EU. Um ihren Marktzugang zu behalten, sollen die ehemaligen Kolonien demnach ihre Märkte auch für europäische Produkte öffnen. So genannte Economic Partnership Agreements (EPA), zu deutsch „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“, sollen ab 2008 „Freihandel“ zwischen der EU und den AKP-Staaten ermöglichen. Partnerschaft klingt harmlos. Doch afrikanische Bauernfamilien befürchten Fluten europäischer Billigimporte, wenn ihre Märkte noch weiter geöffnet werden. Zumal die EU-Subventionen für Produktion und Exporte bei den EPA-Verhandlungen nicht zur Debatte stehen. Die Ergebnisse zweier

Untersuchungsreisen von FIAN und verschiedenen Partnerorganisationen, im März 2007 in Ghana und im Juni in Sambia, bestätigen die Sorge der AfrikanerInnen.

Tomatenpaste auf dem Vormarsch

Zum Beispiel in dem Dorf Koluedor, 30 Kilometer von der ghanaischen Hauptstadt Accra entfernt. Über fünftausend Menschen leben hier, die meisten vom Tomatenanbau. Während der Ernte im September rücken die städtischen Zwischenhändler mit ihren Lastwagen an, um die vollen Tomatenkisten aufzukaufen. „Die Preise steigen weniger als unsere Kosten“, klagt ein Bauer. Einige Bauern bleiben in Koluedor auf ihren Tomaten ganz sitzen – und auf den Kosten. Viele sind daher schon jetzt nicht mehr in der Lage, dreimal täglich eine Mahlzeit einzunehmen. Vor der Ernte leiden sie Hunger, am härtesten trifft es die Kinder. Ein Besuch auf dem städtischen Markt in Accra offenbart den Hauptgrund für die Misere. Hier stapeln sich importierte Tomatendosen, die meisten davon stammen aus Italien oder China. Die importierte Paste verdrängt frische Tomaten aus Ghana, denn sie ist leicht zuzubereiten und trifft den Geschmack der Städter. Und sie ist billig, nicht zuletzt aufgrund hoher Subventionen durch die EU und niedriger Zölle in Ghana.

Die Tomatenproduktion könnte vielen Ghanaern einen Weg aus Hunger und Armut weisen. Notwendig wären mehr staatliche Unterstützung für Produktion und Weiterverarbeitung heimischer Tomaten – und mehr Außenschutz vor Billigimporten. Letzteres würde aber durch ein EPA zwischen der EU und der Economic Community of West African States (ECOWAS) praktisch unmöglich gemacht. Ein niedriger gemeinsamer Außenschutz der Staatengruppe, wie er derzeit – in Vorbereitung auf das EPA – ausgehandelt wird, würde notwendige Zollerhebungen verbieten. Fallen die Zollschranken gegenüber der EU ganz, sind die ghanaischen Bauern den Importfluten aus Europa schutzlos ausgeliefert. Ihr Menschenrecht auf Nahrung ist massiv bedroht.

Erfolgreiches Entwicklungsprojekt bedroht

Ein ähnliches Schicksal befürchten auch die Milchbauern aus Magoye im Süden Sambias. 1995 hatten sich diese in einer Kooperative zusammenschlossen und seither ihren Lebensstandard stetig verbessert: eine Erfolgsgeschichte, die auch von der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) unterstützt wurde. Für die inzwischen 300 Bauernfamilien ist Freihandel mit der EU eine Horrorvision. Bisher spielen Milchimporte aus der EU in Sambia kaum eine Rolle. Dies könnte sich aber ändern, wenn der ohnehin niedrige Importzoll von 20 Prozent aufgrund eines EPA noch weiter sinkt. Bis 2015 will die EU-Kommission zudem die Milchquote abschaffen und die Produktion und Exporte steigern.

Die EU pocht auf einen Abschluss der EPA-Verhandlungen bis Ende 2007, weil dann eine Ausnahmeregelung der Welthandelsorganisation (WTO) ausläuft und die alten Regelungen nicht mehr erlaubt sind. Zivilgesellschaftliche Alternativvorschläge – die den WTO-Regeln entsprechen würden – lehnt sie aber ab. Weitgehende Ausnahmen von der Liberalisierung für ernährungsrelevante Agrarprodukte weist sie ebenso zurück. Kein Wunder also, dass bisher keine der vier afrikanischen Staatengruppen bereit ist, bis Ende des Jahres ein endgültiges EPA zu unterzeichnen. Auf einer internationalen Konferenz am 11. und 12. Dezember in Berlin werden afrikanische Bauernorganisationen, FIAN, Germanwatch, die niederländische NRO Both Ends und das britische Netzwerk UK Food Group gemeinsam über Strategien diskutieren, Verletzungen des Rechts auf Nahrung durch EPAs zu verhindern.

Der Autor ist Handelsreferent von FIAN-Deutschland.

Die verordnete Hungerkur – Liberalisierung verletzt Recht auf Nahrung von Reisbauern

Die Liberalisierung der Reismärkte hat in Ghana, Honduras und Indonesien zu Verletzungen des Rechts auf Nahrung der Kleinbäuerinnen und -bauern beigetragen. Der Einfluss der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) war in allen drei Fällen hochproblematisch. Dies haben Fallstudien ergeben, die FIAN im Auftrag von Brot für die Welt und dem Ökumenischen Aktionsnetzwerk durchgeführt hat.

Die Savanne um die nördliche Provinzhauptstadt Tamale wirkt karg. Dass hier außer den berühmten Affenbrotbäumen viel gedeiht, ist kaum zu glauben. Doch wenn der tropische Regen zwischen Mai und September die Ebenen flutet, entstehen hier überall fruchtbare Anbaugelände. So auch in Dalun, einem Zehntausendseelendorf 40 Kilometer von Tamale entfernt. Fast alle leben hier vom Reisanbau: die Bauern und ihre Aushilfen auf dem Feld, die Müller und die lokalen Marktfrauen. Diese kaufen den Bauern die Reisernte ab, lassen sie in der Mühle weiterverarbeiten und verkaufen sie weiter an Marktfrauen aus Tamale.

Importe fluten den Markt

Die Zeiten, wo der Reisanbau ein gutes Auskommen und eine angemessene Ernährung sicherte, sind jedoch vorbei. Denn auf den Verkaufsständen in Tamale und Accra türmen sich Reissäcke aus den USA, Thailand und Vietnam; nach dem dunkleren Reis aus lokalem Anbau muss man suchen. „Die Menschen bevorzugen den importierten Reis“, sagt ein Händler. „Der ist parfümiert, weiß und schneller zu kochen als der lokale Reis.“ Reisisimporte gibt es in Ghana zwar schon lange, ihr Siegeszug über die lokalen Sorten ist aber jüngerer Datums. Von 2000 bis 2003 haben sie sich verdreifacht. Die Welternährungsorganisation (FAO) spricht sogar von „Importfluten“, die über das Land hereingebrochen sind. Im Preis-Leistungs-Verhältnis sind die Bauern von Dalun gegenüber dem Importpreis chancenlos. Ein Drittel davon stammt aus den USA. Wettbewerbsfähig ist der amerikanische Reis nur aufgrund üppiger Subventionen und Exportkredite.

Betroffen sind in Dalun die Marktfrauen, der Besitzer der Reismühle, vor allem aber die Kleinbauern und -bäuerinnen, die am Ende der Wertschöpfungskette stehen und den Preisdruck am ärgsten zu spüren bekommen. So etwa Issah Alhassan. Der Reisbauer war früher Grundschullehrer und hat seine Einnahmen und Ausgaben der letzten Jahre sorgfältig notiert. Im Jahr 2000 erhielt er pro Sack Reis noch 200.000 Cedi, in den folgenden Jahren war es kaum mehr als die Hälfte. „Oft schreiben wir rote Zahlen und sind kaum in der Lage unsere Familien zu ernähren“, sagt er. „Wenn im Frühjahr die letzte Ernte aufgebraucht ist und die neue noch nicht begonnen hat, müssen wir die Mahlzeiten reduzieren. Die Kinder leiden darunter am meisten.“

Verhängnisvolle Beratung

Im Jahr 2003 entschieden sich Regierung und Parlament, den Schutzzoll auf importierten Reis von 20 auf 25 Prozent anzuheben, um ihre Bauern zu schützen. Die Maßnahme war moderat,

stieß aber bei den Regierungen des Nordens nicht auf Wohlgefallen. Der Internationale Währungsfonds (IWF), der von den reichen Ländern dominiert wird und über die Kreditwürdigkeit von Entwicklungsländern wacht, redete der ghanaischen Regierung streng ins Gewissen. Weniger als einen Monat war das Gesetz in Kraft, da senkte die Regierung den Zoll wieder auf das alte Niveau, und zwar „nach Konsultation mit den Mitarbeitern des IWF“, wie der IWF selbst in einem Schreiben einräumte. Es war nicht das erste Mal, dass der IWF-Ghana unter Druck setzte. Um Kredite aufnehmen zu können, musste die Regierung seit 1983 ihre Unterstützung für die Landwirtschaft immer weiter reduzieren, Dienstleistungen privatisieren und ihre Märkte öffnen.

Ähnliche Entwicklungen wie in Ghana zeigen auch die Fallstudien in Honduras und Indonesien auf. Alle drei Länder wurden in den 1990er Jahren durch die Bretton Woods Organisationen zur Öffnung der Märkte gedrängt und von Importfluten heimgesucht; die heimischen Bauern wurden von ihren Märkten verdrängt. Das Recht auf Nahrung wurde in allen drei Fällen verletzt. Marktöffnung war freilich nicht der einzige Faktor. Naturkatastrophen und schlechtes Katastrophenmanagement verschlimmerten die Situation in Honduras und Indonesien. Fatal ist zudem, dass alle drei Regierungen im Zuge von Strukturanpassungsmaßnahmen die Unterstützung für die Landwirtschaft massiv abgebaut hatten, während die Regierungen im Norden Produktion und Exporte von Reis munter weiter subventionierten und die Preise in den Keller treiben konnten.

Der Autor ist Handelsreferent von FIAN-Deutschland und Koordinator der Reisstudien.

Die Auswirkungen der Liberalisierung des Reismarkts auf das Recht auf Nahrung – Fallstudien zu Ghana, Honduras und Indonesien. Armin Paasch (Ed.), Frank Garbers und Thomas Hirsch; FIAN in Zusammenarbeit mit Globales Ökumenisches Arbeitsbündnis und Brot für die Welt, Oktober 2007. Die Studie kann als pdf-Datei kostenlos heruntergeladen werden unter www.fian.de/fian/downloads/pdf/agrar/Reisstudie10-2007.pdf.



FIAN-Aktivitäten in Ungarn

Workshop zum Recht auf Nahrung in Galgahévíz und Aktion am Welternährungstag in Budapest

Die Gaia Stiftung ist Partner von FIAN innerhalb der „Face-It-Act-Now“ – Kampagne und versucht, das Recht auf Nahrung in Ungarn bekannter zu machen. Von 5. bis 7. Oktober 2007 wurden im Zuge dieser Zusammenarbeit von der ungarischen Gaia Stiftung ein Workshop zum Recht auf Nahrung in Galgahévíz, Ungarn veranstaltet und am 16. Oktober 2007 eine erste Aktion zum Welternährungstag gestartet.

Die Gaia-Stiftung existiert seit 1995, sie beschäftigt sich unter anderem mit ländlicher Entwicklung und funktioniert als biolandwirtschaftliches Forschungs- und Bildungszentrum in Mittel- und Osteuropa. Sie wurde von Géza Varga gegründet, und ist mit der ersten ungarischen ökologischen Agrar-genossenschaft Galgafarm eng verbunden, auf der auf 300 Hektar ökologische Wirtschaft betrieben wird.

Workshop in Galgahévíz, Ungarn

Bereits seit längerem bestehen Kontakte zwischen FIAN-Österreich und Gaia. Gerne nahmen die beiden FIAN-AktivistInnen Brigitte Reisenberger und Stefan Hartleben die Einladung nach Ungarn an. Trotz beidseitigem Dolmetschen war der Austausch sehr spannend und die Atmosphäre familiär.

Nach einer Einführung am Freitagabend folgte am zweiten Tag ein dichtes Programm. Géza Varga von Gaia startete mit einer Vorstellung der Tätigkeiten der Gaia-Stiftung und den Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik. Dabei knüpfte er zahlreiche Verbindungen zum Recht auf Nahrung und zur Arbeit von FIAN. Angeschlossen daran haben Brigitte Reisenberger und Stefan Hartleben mit ihrem Beitrag über Tätigkeiten und Kampagnen von FIAN in Österreich. Ein zentrales Thema war dabei die EU-weite Kampagne „Face-It-Act-Now“.

Am Samstagnachmittag stand schließlich die Hunger- und Armutssituation in Ungarn im Mittelpunkt. Fünf Vorträge von ungarischen SoziologInnen und AgrarwissenschaftlerInnen beleuchteten diesen Themenkomplex näher. Dabei wurde von mehreren Seiten der Wunsch geäußert, Fälle von Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung in Ungarn an FIAN heranzutragen und so die Menschen im eigenen Land aktiv in ihrem Kampf zu unterstützen.

Dr. Csaba Vass von der Universität Gáspár Károli sprach über die Armutszahlen in Ungarn und über das Entstehen neuer Armut seit der Wende in Ungarn. Nach seiner Schätzung gibt es in Ungarn etwa 2,8 Millionen Menschen, deren Lebensstandard unter dem nationalen Durchschnitt liegt, dazu kommen noch 1,5 Millionen Menschen, die von extremer Armut betroffen sind. Der Beitrag von Peter Balogh vom Theißgebiet-Zentrum, der gerade ein Landwirtschaftsprogramm in Nagykörű leitet, konzentrierte sich auf die durch die Globalisierung vorangetriebenen Probleme im Theißgebiet. Als dritter sprach László Bass, Soziologe an der Budapester Universität Eötvös Lóránd. Als Mitarbeiter des Nationalen Kinderarmutprogramms versucht er durch verschiedenste Unterstützungen, die ärmsten Menschen in der Region Szécsény in die Gesellschaft zu reintegrieren. So werden Genossenschaften für und von Familien gegründet, wie etwa zum Teppichweben.

Imre Madarász, Soziologe an der Agraruniversität in Gödöll, berichtete über ähnliche Probleme in der nordöstlichen Region Putnok, in der er mit einem Forschungsprogramm tätig ist. Die ärmsten Menschen in diesem Gebiet sind von tiefster Antipathie umgeben, es bestehen starke Vorurteile gegenüber denjenigen, die arbeitslos sind und Sozialhilfe empfangen.

Die Vorträge werden in einem Dokument zusammengefasst und gemeinsam mit anderen Artikeln über Armut, Globalisierungsproblematiken und Agrarpolitik im Rahmen des gemeinsamen Projektes veröffentlicht.



Foto: Ulrich Döring

Welternährungstag in Ungarn

Ein wichtiger Programmpunkt wurde für den Sonntag aufgespart, nämlich das Aktionsprogramm für den Welternährungstag am 16. Oktober 2007 in Ungarn zu planen, welches auch erfolgreich umgesetzt wurde. Neue AktivistInnen und eine Menge UnterstützerInnen wurden für die Kampagne gewonnen. Für je eine Stunde wurde an drei zentralen Plätzen in Budapest auf den weltweiten Hunger aufmerksam gemacht. Alle zwei Sekunden wurde eine Trommel geschlagen, symbolisch dafür, dass weltweit alle zwei Sekunden ein Mensch an den Folgen von Hunger stirbt.

Die Aktion und neuen AktivistInnen sind eine gute Basis für den Start von FIAN in Ungarn. Gabriella Kiss, Mitarbeiterin von Gaia und Koordinatorin der „Face-It-Act-Now“ – Kampagne in Ungarn, meinte dazu: „Wir hoffen, dass sich uns noch mehrere anschließen und auch in Ungarn eine FIAN-Koordination entstehen kann.“

Brigitte Reisenberger ist Mitarbeiterin von FIAN-Österreich

Gabriella Kiss ist Mitarbeiterin der Gaia-Stiftung und Koordinatorin der „Face-It-Act-Now“ – Kampagne in Ungarn

303

Aufbegehren – Die Politik der Indigenität

Außerdem: ► Kitsch und Kopftuch ► Feminismen in Argentinien ► Pharmatests in Costa Rica ► Migration in Singapur ...

Einzelpreis €5,30

iz3w ► Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Kampagnenauftakt Face-It-Act-Now! Hinsehen und Handeln!



Die europäische Kampagne Face-It-Act-Now schaut auf einen erfolgreichen und internationalen Kampagnenstart zurück: In über 20 Ländern waren Fianistas mit Seminaren, Filmabenden, Radiosendungen, Vorträgen, Ausstellungsvernissagen und Infoständen aktiv.

Jetzt Hinsehen: Das nahmen auch Jean Ziegler, sonst Un-Sonderberichterstatler für das Recht auf Nahrung, und Flavio Valente bei der offiziellen Auftaktveranstaltung vor dem europäischen Parlament in Brüssel wörtlich. Dort enthüllten sie das Gesicht Europas, um den Blick frei zu machen – für den Hunger in der Welt, die Verantwortung europäischer Politik und die Handlungsmöglichkeiten und -spielräume für eine Welt frei von Hunger. Das war auch Tenor der anschließenden Pressekonferenz, zu der Luisa Morgantini – Vizepräsidentin des europäischen Parlaments – eingeladen hatte. Es mangelt nicht an Nahrung, sondern an politischem Willen, damit das Recht auf Nahrung weltweit umgesetzt wird.

Öffentlichkeit zu schaffen ist daher ein entscheidender Faktor, und dabei ist auch Kreativität gefragt. In Brüssel zog ein ganzer Fanfarenzug begleitet durch Musiker und Straßentheater durch die Stadt, in Wien wurde dem Entwicklungspolitischen Unterausschuss die „Welthungeruhr“ übergeben und in Budapest wurde an zentralen Orten der Stadt eine Trommel geschlagen.



Jean Ziegler bei der Eröffnungsansprache in Brüssel



Flavio Valente bei der symbolischen Aktion vor dem Europäischen Parlament

Diese Initiativen wollen Aufrütteln und das ebenso ungesehene wie auch ungehörte Sterben an den Folgen von Hunger und Mangelernährung sichtbar und hörbar machen.

Wirklich erfolgreich wird die Kampagne jedoch nur werden, wenn mehr Menschen handeln und die Kampagnenforderungen bekannter machen. Dazu gibt es vielerlei Wege und Angebote:

- Unterschriften sammeln – den Aktionsaufruf, die Kampagnenforderungen und eine Unterschriftenliste finden Sie in der Heftmitte
- Gesicht zeigen – laden Sie ihr Foto auf der Kampagnenseite hoch

- Postkarten und Flyer verteilen – die aktuellen Materialien können Sie jederzeit bei uns bestellen
- Das Kampagnenvideo nutzen – sprechen Sie ein Programm kino vor Ort an
- Den FIAN-Song einsetzen – gewinnen Sie damit Radiostationen für das Thema Recht auf Nahrung
- Die Wanderausstellung „Hungern nach Recht“ buchen und zeigen

Weitere Informationen gibt es wie immer in der Geschäftsstelle und natürlich unter www.face-it-act-now.org.

Handeln Sie jetzt!

Den Staaten auf die Finger schauen



Foto: Ulrich Döring

„Erst kommt das Essen, das ist die Moral“, so sagen wir in Anlehnung an Bertolt Brecht. FoodFirst, ohne Nahrung ist kein Leben möglich. Angemessene Ernährung für Alle ist nicht nur ein ethisches oder politisches Ziel, sondern ein international anerkanntes Menschenrecht. Damit es umgesetzt wird, müssen wir den Staaten genau auf die Finger schauen. Das „Monitoring-Projekt“ von FIAN und der Deutschen Welthungerhilfe (DWHH) setzt hier an.

Der neue Monitoring-Leitfaden, den FIAN in Zusammenarbeit mit der DWHH und der Welternährungsorganisation (FAO) ausgearbeitet hat, basiert auf den staatlichen Verpflichtungen gegenüber dem Recht auf Nahrung, wie es in Art. 11 des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert ist. Methodisch baut der Leitfaden auf den FAO-Richtlinien zum Recht auf Nahrung auf. Die Mitgliedsstaaten der FAO hatten sich in einem zweijährigen Prozess, bei dem auch zivilgesellschaftliche Akteure wie FIAN beratend beteiligt waren, auf diese Richtlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung auf nationaler Ebene geeinigt. Der Monitoring-Leitfaden nimmt sich jede einzelne der 19 Richtlinien vor und fragt mit einer Checkliste nach, in welcher Weise diese Richtlinie in der nationalen Gesetzgebung verankert ist, wie die Umsetzung verläuft und welche Ergebnisse zu verzeichnen sind. Der Monitoring-Leitfaden wurde im Mai und Juni bei Seminaren mit Partnerorganisationen in Bolivien, Indien, Kolumbien, Uganda und Guatemala vorgestellt und diskutiert. Zahlreiche Organisationen aus diesen Ländern sind inzwischen dabei, mit diesem Leitfaden nationale Schattenberichte zum Recht auf Nahrung zu erstellen. Sie werden von dem gemeinsamen Anliegen getragen, zu beobachten und zu dokumentieren, inwiefern die staatlichen Behörden ihre Verpflichtungen gegenüber dem Recht auf Nahrung

nachkommen. Das bedeutet, dass auch staatliche Unterlassungen gegenüber dem Recht auf Nahrung und insbesondere Verletzungen dieses Rechts sichtbar werden. Nicht nur die gute Praxis wird erkennbar, auch die schlechte.

Das pragmatische und zugleich emanzipatorische Potenzial des Rechts auf Nahrung lässt sich am Beispiel des Monitoring gut illustrieren: einerseits nehmen wir als normative und methodische Grundlagen ausschließlich Dokumente, die für die Staaten rechtsverbindlich sind und denen sie selbst zugestimmt haben. Andererseits wird bei dieser Übung deutlich, wo die großen Lücken im Kampf gegen den Hunger klaffen, wo politisches Handeln gefordert, politische Reformen notwendig sind, um dem Recht auf Nahrung der bedrohten Gruppen Geltung zu verschaffen. Auch die vorbildhaften politischen Maßnahmen werden offenkundig und zeigen letztlich, welche Maßnahmen effektiv und zielführend sind. Die ersten Ergebnisse des Pilotvorhabens wurden im November bei Workshops mit Fachleuten aus dem UN-Menschenrechtssystem in Genf sowie am Rande der FAO-Konferenz in Rom vorgestellt. Erste Kommentare zum Monitoring-Leitfaden aus Fachkreisen waren sehr ermutigend. Auch auf internationaler Ebene werden

neue Instrumente gesucht, um einen wesentlich höheren Einsatz der Politik in Nord und Süd einfordern zu können. Denn was bislang geschehen ist im Kampf gegen den Hunger, ist viel zu wenig. Die Millenniumsziele werden nicht erreicht werden, wenn das bisherige Schnecken tempo, das jede Minute Menschenleben kostet, nicht durchbrochen wird. Ein präzises Monitoring staatlicher Politiken ist notwendig, damit für alle Beteiligten klar wird, woran es fehlt und der öffentliche Druck für die dringenden Veränderungen entsteht.

Das Menschenrecht auf Nahrung ist eine Grundlage für Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd, zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Es ist ein Konzept, das die von Hunger bedrohten Gruppen nicht als Hilfsempfänger sieht, sondern als Menschen mit Rechtsansprüchen. Dieser Perspektivenwechsel begründet ein Umdenken in vielen Köpfen, auch in den Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Die damit verbundenen Chancen für einen erfolgreicher Kampf gegen den Hunger zu nutzen, ist dringend geboten. Zu diesem viel versprechenden Prozess leistet das Monitoring-Projekt einen wesentlichen Beitrag.

Der Autor ist Koordinator des Programms „Monitoring State's Right to Food Policies“ bei FIAN-International.

Die MultiplikatorInnen-Ausbildung von FIAN geht in die dritte Runde

Laut der Definition des Meyers Lexikon ist ein/e MultiplikatorIn eine Person, die die Verbreitung von Kenntnissen und Wissen anstrebt, bewirkt oder an ihr beteiligt ist. Die TeilnehmerInnen der in diesem Jahr stattfindenden MultiplikatorInnen-Ausbildung von FIAN-Deutschland haben genau dies im Sinn – und eigentlich noch viel mehr.

Sie wollen das Wissen um die Ursachen des Hungers und das Menschenrecht auf Nahrung multiplizieren, es also möglichst vielen Menschen zugänglich machen. Und sie wollen nicht nur Wissen weitergeben, sondern für das Thema „Recht auf Nahrung“ sensibilisieren. Denn schließlich geht es um den Kampf gegen den weltweiten Hunger, unter dem über 850 Millionen Menschen leiden. Es geht um Aktion, darum, die Menschen zu mobilisieren. Sei es die regelmäßige Teilnahme an den Eilaktionen gegen die Verletzungen des Rechts auf Nahrung, ein bewusstes Konsumverhalten oder die aktive Mitwirkung in einer der FIAN-Lokalgruppen. Es gibt viele Möglichkeiten, um sich gegen den Hunger und für das Recht auf Nahrung einzusetzen. Und ebendies wollen die FIAN-MultiplikatorInnen den Menschen vermitteln.

Über 20 motivierte Frauen und Männer haben sich 2007 dazu entschlossen, die von FIAN angebotene Ausbildung zu absolvieren. Zum dritten Mal seit 2005 führt FIAN diese Ausbildung durch, die dieses Jahr im Rahmen der Kampagne „Face-It-Act-Now“ von der EU finanziert wird. An drei Seminaren werden die TeilnehmerInnen gebildet und ausgebildet. Konzeptionell ging es in den bisher stattgefundenen zwei Seminaren zum einen um eine allgemeine Einführung in das internationale Menschenrechtssystem, in die Bestimmungen des Internationalen Pakts für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie in die Grundlagen und Prinzipien der praktischen Arbeit von FIAN als international agierende Menschenrechtsorganisation. Zum anderen wurden die verschiedenen Themenfelder, an denen FIAN-Deutschland zurzeit arbeitet, von den jeweils zuständigen ReferentInnen vorgestellt.

Ein ganz besonderes Erlebnis war das Kommunikationstraining. Wie kommuniziere ich richtig mit meinen ZuhörerInnen? Welche Rolle spielt die Körperhaltung? Wie sieht es mit Gestik und Mimik aus? Mit zwei Kommunikationstrainern wurden diese und noch viel mehr Fragen zur Kommunikation zusammen erarbeitet und auch praktisch geübt – vor laufender Kamera. Mit die-

sen Fertigkeiten ausgestattet geht es nun an die Arbeit für FIAN und das Recht auf Nahrung. Denn die TeilnehmerInnen verpflichten sich, im Gegenzug für die kostenlose Ausbildung innerhalb des folgenden Jahres mindestens drei Veranstaltungen für FIAN durchzuführen. An Motivation fehlt es den MultiplikatorInnen sicherlich nicht.

Judith aus Berlin fühlt sich durch die Ausbildung noch mal besonders motiviert, die Anliegen FIANS voranzutreiben. Die 23jährige Studentin der Politik und Soziologie ist bereits seit längerer Zeit für FIAN in der Berliner Lokalgruppe aktiv. Die Ausbildung hat ihr neue Impulse gegeben und sie plant mit Basak, die ebenfalls an der Ausbildung teilgenommen hat, einen Projekttag an einer Berliner Hauptschule durchzuführen. Auch Mireille aus Hamburg plant Bildungsarbeit an Schulen zu machen. Mireille hat Ernährungswissenschaften studiert und engagiert sich bei der BUKO-Agrarkoordination zu den Themen Agrartreibstoffe und Ernährungssicherung. Schon während ihres Studiums ist sie bei Recherchearbeiten zum Recht auf Nahrung auf FIAN gestoßen. Zur Ausbildung hat sie sich entschlossen, um für FIAN aktiv zu werden. Zukünftig will sie auch dem Arbeitskreis Agrar bei FIAN beitreten, auf den sie bei der Vorstellung der FIAN-Agarreformkampagne während des Ausbildungsseminars in Frankfurt aufmerksam wurde. Insgesamt ist Mireille begeistert vom Konzept der MultiplikatorInnen-Ausbildung. Sie fand es besonders bedeutend, dass neben den inhaltlichen Einführungen auch die Methodik zur Vermittlung des Wissens – Stichwort Kommunikationstraining – nicht zu kurz kam. Es scheint, dass der „Vermehrung“ des FIAN-Gedankens nichts mehr im Wege steht...

Der Autor ist Mitglied des Vorstands von FIAN-Deutschland.



Investieren Sie!

Und tun Sie es für eine gute Sache.

FIAN packt den Stier bei den Hörnern. Zum Beispiel in Mexiko: Die Schließung des Werkes „Euzkadi“ durch den deutschen Reifenhersteller Continental AG war illegal. Die streikenden ArbeiterInnen wurden von FIAN durch eine internationale Kampagne unterstützt. Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit können sich durchaus sehen lassen: Wiedereröffnung des Werkes und Erhalt der Arbeitsplätze.

Investieren Sie in weitere Erfolge und erhöhen Sie Ihren Mitgliedsbeitrag oder Ihre Spende:

Freiwillig,
nach eigenem Ermessen und
jederzeit widerrufbar.

Herzlichen Dank!



Anzeige

Konferenz über ländliche Entwicklung in Berlin

Vom 18. bis 21. Juni 2007 trafen sich über 300 PraktikerInnen und TheoretikerInnen der Entwicklungszusammenarbeit in Berlin, um über die künftige Rolle ländlicher Entwicklung in den Ländern des Südens – speziell in Afrika – zu diskutieren. Zusätzlich wurden 50 VertreterInnen von Bauernbewegungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) zugelassen. Geladen hatte die Europäische Union (EU). FIAN war an der Koordination der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und der Organisation der Vorkonferenz beteiligt.

Die vor allem aus Afrika und Europa kommenden Vertreter von Bauernorganisationen, Nomaden und NRO nutzten das Ereignis, um sich im Vorfeld bei einer rein zivilgesellschaftlichen Tagung auszutauschen. Vom 15. bis 17. Juni wurde eine gemeinsame inhaltliche Linie gesucht um diese auf dem EU-Forum zu artikulieren. Ergebnis war ein gemeinsames Statement (www.fian.de/fian/downloads/pdf/agrar/Statement_CS_Berlin_06-2007.pdf) zur ländlichen Entwicklung: ein deutliches Plädoyer für eine lokal gesteuerte Entwicklung, die den Menschen als Kulturträger und nicht nur als Homo Ökonomikus begreift. Neben der thematischen Diskussion wurde das Wochenende zudem genutzt, um die strategische Positionierung gegenüber der EU während des Forums und auch danach zu diskutieren. Dieses Konzept war sehr erfolgreich. Die zivilgesellschaftlichen Anliegen fanden Gehör: Als die Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul zur Eröffnungsrede eintraf, wurde sie von

einem bunten Spalier aus AktivistInnen in Empfang genommen. Im Forum selbst wurde das Statement der Zivilgesellschaft verteilt und von Sofia Monsalve (FIAN-International) im Plenum vorgetragen. Besonders wichtig war auch, dass die Zivilgesellschaft nicht durch die EU vereinnahmt, sondern als eigenständige Kraft sichtbar wurde.

Angekündigt war ein ‚anderes‘ Forum

Inhaltlich muss stark kritisiert werden, dass die anfänglich als zentral angekündigten Themen Agrarreformen, Recht auf Nahrung und die Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung fast völlig unter den Tisch gefallen sind. Eine konkrete und dringend notwendige Auseinandersetzung mit deren Anwendung in der Praxis fehlte, und damit auch ein glaubhaftes Bekenntnis zum Recht auf Nahrung und dem Instrument der Freiwilligen Leitlinien. Eine verpasste Chance, die Themen im europäischen Rahmen fester zu verankern. Auch der Fokus auf eine rein wirtschaftliche Sicht ländlicher Entwicklung zog sich wie ein roter Faden durch die Konferenz. Soziale und kulturelle Aspekte und vor allem eine handfeste Analyse der strukturellen Ursachen von Hunger – Grundvoraussetzung für jede Hungerbekämpfung – fehlten.

Die Wiederentdeckung ländlicher Entwicklung – Segen oder Fluch?

Ein zentrales Ziel des Forums, die Bedeutung ländlicher Entwicklung nach zwei Jahrzehnten der Vernachlässigung wieder zu erhöhen, muss bei



Fundiert, kompetent, anregend: Jahrbuch Mission

Europa
Kirchen, Christen und Missionen
304 Seiten, 9,80 Euro

Das Jahrbuch Mission 2006 mit dem Schwerpunkt „Europa“ gibt einen Einblick in theologische Überlegungen und Konzepte zur Mission in Europa, aus der Perspektive unterschiedlicher Konfessionen, Positionen und Kontexte. Nach einführenden Beiträgen werden Projekte aus verschiedenen euro-

päischen Ländern vorgestellt – kirchliche Basisarbeit in Frankreich, eine ökumenische Gemeinschaft in England oder eine offene kirchliche Arbeit in Ostdeutschland. Unter Mitwirkung von etwa dreissig Autorinnen und Autoren ist ein umfassendes Werk zur Mission in Europa entstanden, das sich durch eine theologische Fundierung, eine anschauliche Darstellungsweise und konkrete Beispieltex te auszeichnet.

Noch lieferbar sind:



Menschenrechte
320 Seiten, 9,80 Euro
Ein grundlegendes Buch zum Thema Mission und Menschenrechte. Mit Beiträgen zu allen dreissig Artikeln der Menschenrechtserklärung.



Nordamerika
304 Seiten, 9,80 Euro
Kirche und Mission in den USA und Kanada – ein Überblick über die Geschichte, die Lage der Kirchen heute, ihre Probleme und neue Ideen.



Menschen mit einer Mission
304 Seiten, 9,80 Euro
Biografien, Porträts, Interviews – ein Blick auf die Persönlichkeiten hinter den grossen Linien der Missionsgeschichte.

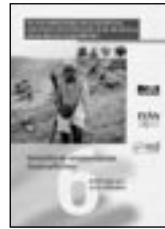
MISSIONSHILFE VERLAG

Normannenweg 17-21 • D-20537 Hamburg • Tel. +49(0)40/ 254 56-143 • Fax +49(0)40/ 254 56-443 • E-Mail demh@emw-d.de

Neue Publikationen

genauerer Betrachtung der zugrunde liegen- den Strategien sehr kritisch betrachtet werden. Zu oft führten in der Vergangenheit nationale und internationale Politik zu einer weiteren Marginalisierung der Armen und Hungern- den, Kleinbauern und -bäuerinnen. Mehr Hilfe ist eben nicht immer bessere Hilfe. Deswegen fordert FIAN, dass die verstärkten Investitionen in den ländlichen Raum besonders den bislang benachteiligten Gruppen zugute kommen müssen. Dies muss unmittelbar und direkt geschehen, nicht über den sogenannten Trickle-Down-Effekt. Dieser bleibt in der Realität nämlich meistens aus. Einen faden Beigeschmack hat diese Wiederentdeckung zudem, betrachtet man das rasante Aufkommen der Agrartreibstoffe, Strategien wie das Papier *The Freedom to Innovate* (Strategie zur Einführung von genveränderten Organismen in Afrika) von der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) und die Initiative der Gates- und Rockefeller-Stiftungen für eine sogenannte zweite Grüne Revolution für Afrika (AGRA), die mit ihrem Vorsitzenden Kofi Annan ein sehr positives Image in die Öffentlichkeit transportieren wird. All diesen Initiativen ist gemein, dass sie von außen beziehungsweise oben gesteuert werden: ein grundlegend falscher Ansatz. Entwicklungsstrategien müssen in der lokalen Bevölkerung begründet sein. Zu hoffen bleibt, dass der Anerkennung der zentralen Rolle einer gerechteren Verteilung von Ressourcen als Schlüssel zur Armuts- und Hungerbekämpfung auch Taten folgen. Es wird sich noch herausstellen müssen, inwieweit die Ergebnisse der Konferenz in die konkrete Politik der einzelnen EU-Staaten und auch der EU selbst einfließen.

Der Autor ist Referent für Agrarreformen bei FIAN-Deutschland.



Deutschlands extra-territoriale Staatenpflichten, Einführung und 6 Fallstudien

Menschenrechte verpflichten den Staat nicht nur gegenüber

Menschen im Inland, sondern auch im Ausland. Die Studie zeigt an 6 Fallstudien auf, wie deutsche Politik zu Verletzungen sozialer Menschenrechte im Ausland beiträgt. Sie führt ein in die rechtlichen Grundlagen und zeigt drei Politikbereiche auf, in denen die menschenrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Menschen im Ausland besonders relevant sind: Handels- und Investitionsförderung, die menschenrechtliche Kontrolle deutscher Unternehmen im Ausland und Deutschlands Verpflichtungen in den internationalen Finanzinstitutionen. Autorin: Ute Hausmann, Hg. FIAN zusammen mit Brot für die Welt, eed. DIN A4, 40 S., 2007, Best.-Nr. b21, 4,- €

Material zur Kampagne „Face-It-Act-Now“

Kampagnenflyer, Leporello-Faltung doppelt, farbig, Grundformat DIN A6, 8 Seiten, Best.-Nr. k01, kostenlos. Der Flyer liegt auch dieser FoodFirst-Ausgabe bei.



Broschüre, Die Menschenwürde schützen –

Erfolge im Kampf gegen den Hunger, mit Beispielen erfolgreicher FIAN-Arbeit aus verschiedenen Ländern. Farbig, DIN A5, 16 Seiten, Best.-Nr. k02, 0,50 €

Plakat, mehrsprachiger Text: Für das Menschenrecht auf Nahrung, mit Kampagnen-Logo und Internet-Adresse, DIN A1, farbig, Best.-Nr. k03, kostenlos



Ausstellung „Europa überrollt afrikanische Kleinbauern“

„Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ klingt harmlos. Doch die geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Staaten Afrikas, der Karibik und

des Pazifik bedrohen akut das Menschenrecht auf Nahrung afrikanischer Kleinbauernfamilien. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen Tomatenbauern aus Ghana und Milchbauern aus Sambia. Die beeindruckenden Bilder des Fotografen Ulrich Döring verdeutlichen die Bedeutung dieser Erzeugnisse für ihr Menschenrecht auf Nahrung – und die Bedrohung durch Importe aus der EU. Das vorliegende FoodFirst ist teilweise mit Bildern der Ausstellung illustriert. Die entsprechenden Bilder siehe Bildunterschrift © Ulrich Döring.

Ab Januar 2008 kann die Ausstellung bei FIAN ausgeliehen werden (23 DIN A1-Tafeln).

Alle Materialien können auch über den Online-Shop bestellt werden: www.fian.de/shop

hat mich als Mitglied gewonnen!

Bitte schicken Sie ihm/ihr folgendes Poster zu:



☐ 63 cm x 43 cm, schwarz-weiß



☐ 63 cm x 43 cm, farbig

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Tel.



Bitte ausreichend frankieren!

FIAN-Deutschland e. V.
Düppelstraße 9-11
50679 Köln

Ist Ihre Anschrift noch aktuell?
Teilen Sie uns Änderungen
bitte rechtzeitig mit!



Postvertriebsstück K 13171
Entgelt bezahlt
Deutsche Post AG

FIAN-Deutschland e. V.
Düppelstraße 9-11
50679 Köln

ISSN 1611-5880

Termine

FIAN-Seminar:

**„Agrarreformen im 21. Jahrhundert ...
Alte Ansprüche & neue Anforderungen im
Kontext des Rechts auf Nahrung“**
25. bis 27. April 2008, Kassel

Das Seminar zeigt an historischen Beispielen auf, welche Voraussetzungen für erfolgreiche Agrarreformen gegeben sein müssen. Aktuelle Agrarreformprozesse, die in einigen Fällen durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden, werden vorgestellt und kritisch beleuchtet. Durch die rasante Entwicklung auf dem Agrartreibstoff-Markt und die sich verschärfende Knappheit der Ressource Land wird der klassische Fokus auf brachliegendes Land in Frage gestellt. So ergeben sich neue Anforderungen an künftige Agrarreformen. Vor diesem Hintergrund sollen politische Lösungsvorschläge und zivilgesellschaftliche Strategien diskutiert werden.

Information und Anmeldung bei Roman Herre,
r.herre@fian.de.

FIAN-Jahresversammlung 2008

Zum Vormerken:
2. bis 4. Mai 2008 in Erfurt
Weitere Informationen folgen in der nächsten Ausgabe und unter www.fian.de.
Rückfragen bitte an b.schweighoefer@fian.de



FIAN-Deutschland ist das
DZI-Spendensiegel zuerkannt worden.

Unser Spendenkonto:
FIAN-Deutschland e. V.
GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
Konto 4000 4444 00
BLZ 430 609 67

Für Österreich:
FIAN-Österreich
Laudongasse 40
1080 Wien
Tel. 01-4055515
Fax 01-4055519
www.fian.at

Spendenkonto:
PSK-Bank
Konto 76 19 580
BLZ 60 00

- ☐ Ihre Arbeit überzeugt mich – ich werde Mitglied! Mein Monatsbeitrag soll sich belaufen auf
☐ 4 € ☐ 5 € ☐ 10 € _____ €
- ☐ Ich möchte Ihre Arbeit in Zukunft gerne monatlich mit _____ € unterstützen.
- ☐ Ich möchte das FoodFirst abonnieren als ☐ Standardabo 15 € ☐ Förderabo 30 € (Ausland zzgl. 10 €)

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____ Tel. _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Außerdem ermächtige ich FIAN-Deutschland widerruflich, den Beitrag von meinem Konto einzuziehen.

☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ jährlich

Konto-Nr. _____ BLZ _____

Kreditinstitut _____ Datum/Unterschrift _____



Mitglieder werben Mitglieder!

Wer könnte besser dafür werben, bei FIAN Mitglied zu werden, als unsere Mitglieder selbst?

Für jedes neu geworbene Mitglied gibt es ein Poster als Dankeschön, nutzen Sie die dazu nebenstehende Postkarte!